



Militär- und Tagblatt
Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Vertrieb täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,50 RM, frei ins Haus geliefert; ...

Die Parole des Führers

NSR. Der letzte entscheidende Schritt zur Freiheit des Reiches ist getan. Der 14. Oktober 1933, der 16. März 1935 und der 7. März 1936 bezeichnen die großen Abschnitte jenes von Adolf Hitler geführten und dem leidenschaftlichen Willen der deutschen Nation getragenen politischen Kampfes um die deutsche Gleichberechtigung.

Die letzte Bestimmung ist gefallen, die die Souveränität des deutschen Volkes auf seinem eigenen Boden beschränkte. Ein für die Ehre und die Sicherheit des deutschen Volkes auf die Dauer unerträglich Zustand ist damit beendet worden.

Immer wieder sind die Möglichkeiten ausgeschlagen worden, die Deutschland bot, um eine Situation auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen zu ändern, die nicht zuletzt im Interesse aller geändert werden mußte. Die treffenden Worte, die der Führer gerade diesen Tatsachen widmete, behandeln eines der bedauerlichsten Kapitel der europäischen Geschichte. Staatsmänner, die alle bisherigen konkreten Befriedigungsvorschläge damit beantworteten, daß sie neuen Gefahren den Weg nach Europa bahnten, können heute auch nicht mit einem Schein des Rechts dagegen Beschwerde führen, wenn Deutschland nunmehr den einzig ihm verbleibenden Weg beschreitet und die für seine Sicherheit nicht mehr vermeidbaren Schritte unternimmt.

Und trotzdem: Adolf Hitler hat nicht nur mit eiserner Konsequenz und realpolitischer Weitsicht die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Er hat in dieser großen Stunde, in der letzten Sitzung des beim Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund gewählten Deutschen Reichstags die großen Probleme des Zusammenlebens der europäischen Völker mit einer inneren Leidenschaft vorgetragen, die seine Worte zu einem Bekenntnis zum europäischen Frieden werden ließ, wie es mit solcher Kraft und Begründung noch nie von einem europäischen Staatsmann ausgesprochen worden ist.

In seinen konkreten Vorschlägen hat der Führer den Willen des deutschen Volkes sowohl den europäischen Frieden zu garantieren wie ihm auch weiterhin Opfer zu bringen, mit einer Ueberzeugungskraft zum Ausdruck gebracht, der sich die Herzen der interessierten Völker nicht verschließen werden.

Adolf Hitler hat die Grundsätze einer großen Solidarität der europäischen Nationen entworfen. Und er hat weiter in dem den Mächten überreichten Memorandum die Wege aufgezeigt, die allein dazu führen können, Krieg aus Europa zu verbannen. In einer ersten Stunde hat Adolf Hitler diese Mahnung an Europa gerichtet. Die deutsche Nation ist aufgerufen worden mit dem Gewicht ihrer Stimme sie zu unterstreichen. Wird Europa uns diesmal hören?

Wir wünschen, daß die europäischen Staatsmänner in den kommenden Wochen mitten in unserem Volke leben würden — sie würden die innere Aufrichtigkeit, die Begeisterung und den unbeugbaren Willen erkennen, mit dem die deutsche Nation der vom Führer proklamierten Parole folgt und sie würden das überwältigende Bekenntnis sich vorbereiten sehen, das Deutschland am 29. März für die Freiheit des Reiches und für den Frieden Europas ablegen wird.

Der Pakt, den Frankreich zerbrach

Einzelheiten aus dem Locarno-Vertrag

Der Locarno-Vertrag gehört seit dem 7. März 1936 zu den politischen Tatsachen, die nur noch eine geschichtliche Bedeutung besitzen. Er hat, wie der Führer vor dem Deutschen Reichstag erklärte und begründete, nicht nur seinen inneren Sinn verloren, sondern er hat auch praktisch aufgehört zu existieren, seit dem die französischen Staatsmänner erklärt haben, daß sie sich an die am 2. Mai 1935 unter den französisch-sowjetrussischen Pakt gescherten Unterschriften für gebunden halten und seitdem die französische Kammer die Ratifizierung dieses Paktes beschloß.

In der langen Reihe der Versuche, das durch das Friedensbittat von Versailles so schwer belastete Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland wieder auf die Bahn einer gegenseitigen Annäherung und Verständigung zu bringen, das jenseits unserer Westgrenze lebendige Mißtrauen zu zerstreuen, war der Vertrag von Locarno, wie er im Schlußprotokoll vom 16. Oktober 1925 niedergelegt und am 1. Dezember 1925 in London förmlich unterzeichnet wurde, ein erster verheißungsvoller Auftakt. Dabei darf man aber nicht vergessen, daß dieser Verständigungspakt nur auf der Grundlage eines empfindlichen Opfers Deutsch-

lands zustande kam, das sich in ihm noch einmal der vollen Souveränitätsrechte über altes, urdeutsches Land, die entmilitarisierte Rheinlandzone, begab, um damit seinen unbedingten Willen zum Frieden zu dokumentieren.

Das Vertragswerk von Locarno, und insbesondere der seinen Hauptteil ausmachende sogenannte „Westpakt“, muß aus den politischen Nachkriegserlebnissen Deutschlands heraus verstanden werden. Daß der Vertrag von Versailles kein wirkliches Friedensinstrument war und Deutschland nicht einmal die elementaren Voraussetzungen seiner Sicherheit gewährte, ist von Frankreich in den Jahren nach seinem Abschluß mit handgreiflicher Deutlichkeit demonstriert worden. Deshalb hatte Reichkanzler Cuno schon während des Nuhreintruchs der Franzosen den Vorschlag gemacht, zur Wiederherstellung wirklich vertragsmäßiger Zustände verbindliche Schiedsverträge abzuschließen. Erfolg hatte er damit nicht. Erst als die Regierung Luther-Stresemann mit ihrer Denkschrift vom 9. Februar 1925 Frankreich das Angebot eines Sicherheitspaktes machte, das übrigens unter dem Einfluß des damaligen britischen Botschafters in Berlin, Lord D'Abernon, zustande kam, ergaben sich nach langen Verhandlungen, die darüber zwischen Frankreich und England gepflogen wurden, die Möglichkeiten, in konkrete Beratungen über einen solchen Pakt einzutreten. Vom 5. bis 16. Oktober 1925 fand in Locarno eine Konferenz der Außenminister statt, an der von deutscher Seite Stresemann, von französischer Briand, von englischer Chamberlain und von italienischer Mussolini teilnahmen. Das Ergebnis der Verhandlungen war der Abschluß des „Westpakes“ zwischen Deutschland und Frankreich, England, Italien und Belgien und von vier ziemlich gleichlautenden Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Belgien, Deutschland und Frankreich, Deutschland und Polen und Deutschland und der Tschechoslowakei.

In dem „Westpakt“ verbürgen die fünf Mächte insgesamt die Aufrechterhaltung der zur Zeit seines Abschlusses bestehenden Grenzziehung zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und Frankreich, sowie die Beobachtung der Bestimmungen des Versailler Vertrages über die entmilitarisierte Zone. Deutschland, Belgien und Frankreich verpflichten sich gegenseitig, „in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zu einem Kriege gegeneinander zu schreiten“. Die Bestimmung dieses Artikels 2, wonach kein Vertragspartei zum Angriff schreiten darf, findet keine Anwendung bei Ausübung des Rechtes der Selbstverteidigung. Das Vorliegen eines Falles der Selbstverteidigung wird für die Vertragsgegner Deutschlands ausdrücklich angenommen, falls Deutschland in flagranter Weise gegen die Bestimmungen des Artikels 42 und 43 des Versailler Vertrages (Verbot der Anlage von Befestigungen oder Zusammenziehung von Truppen in der entmilitarisierten Zone, die das ganze linke Rheinufer und einen 50 Kilometer breiten Streifen auf dem rechten Rheinufer umfaßt) verstößt. Allerdings — und das ist für den Schritt, den die deutsche Reichsregierung jetzt getan hat, indem sie erklärte, sich an diese Entmilitarisierungsbestimmungen nicht mehr halten zu können, wesentlich — muß dieser Verstoß besonders qualifiziert sein. Er muß nämlich eine „nicht

Kurze Tagesübersicht

Am heutigen Dienstag treffen sich die Locarnomächte in Paris, um über den deutschen Schritt zu beraten. Am Freitag soll auf französisch-belgischen Antrag der Völkerbundsrat damit befaßt werden.

Die französische Haltung ist auch gegen des Führers Friedensprogramm scharf ablehnend. Ministerpräsident Sarrault hat in einer Rundfunkrede völlige Verständnislosigkeit gegenüber der deutschen Haltung gezeigt.

Niemand im englischen Unterhaus könne den deutschen Schritt billigen oder entschuldigen, erklärte Außenminister Eden. Es gebe aber keinen Grund für die Annahme, daß die deutsche Handlung, die Drohung von Feindseligkeiten in sich schließe.

Das Welt Echo auf die Führer-Rede ist im allgemeinen nicht mehr so aufgeregte, die Stimmen ruhiger Sachlichkeit überwiegen, ausgenommen in Paris und Brüssel. Eine Sanktionspolitik französischer Vorschläge wird vielfach abgelehnt.

Italien dementiert Gerüchte über Einstellung der Feindseligkeiten in Ostafrika wegen der Genfer Beratungen. Kammerpräsident Ciano erklärte in der Kammer, daß der Krieg weiter andauern werde.

In Japan ist nun Hirota, dem bisherigen Außenminister, die Kabinettsbildung mit Vertrauensleuten der Aru-mee geglückt.

provokierte Angriffshandlung“ darstellen und es muß wegen der Zusammenziehung von Streitkräften im entmilitarisierten Gebiet sofortiges Handeln geboten sein. Nur wenn diese Voraussetzungen vollständig zutreffen, sind Frankreich und Belgien zu einer Abwehr-Kriegshandlung berechtigt und die übrigen Unterzeichner des „Westpakes“ sind verpflichtet, dem angegriffenen Staat sofort zu Hilfe zu kommen, sobald sie die Ueberzeugung gewonnen haben, daß der Angriff nicht provoziert wurde und daß ein sofortiges Handeln geboten ist. Treffen die obengenannten Voraussetzungen in nicht ganz klarer Weise zu, dann darf der sich angegriffen wählende Staat nicht zur Selbsthilfe schreiten, sondern muß den Völkerbundsrat antufen, der festzustellen hat, ob tatsächlich eine Verletzung des Paktes vorliegt. Wird eine solche vom Völkerbundsrat einstimmig, jedoch unter Ausschluß der Vertreter der Streitparteien, festgestellt, so sind die übrigen Elementarmächte des „Westpakes“ verpflichtet, dem angegriffenen Staat sofort zu Hilfe zu kommen. Es ist interessant, daß der jetzige englische Außenminister Eden, damals Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Anfang November 1933 in einer Rede ausdrücklich darauf hinwies, die englische Hilfeleistungsverpflichtung beschränke sich auf diese beiden Fälle, nämlich einmal das Vorliegen einer einstimmigen Entscheidung des Völkerbundsrats und zum andern der von England selbst gewonnenen Ueberzeugung, daß eine flagrante Verletzung der Vertragsverpflichtungen vorliege und daß die erwähnte Verletzung einen nicht provozierten Angriffssakt darstelle, sowie schließlich daß eine sofortige Aktion notwendig sei. Aus den Ausführungen des Führers im Reichstage weiß man, daß über den jetzt erfolgten Schritt der Reichsregierung lange Verhandlungen mit den Vertragspartnern vorher stattgefunden haben. Von einer „flagrante Vertragsverletzung“ kann also keine Rede sein. Im übrigen auch nicht von einem nicht provozierten Angriffssakt, denn im Gegenteil, Frankreich hat sich durch seinen Pakt mit den Sowjets unter Verletzung seiner Locarno-Verpflichtungen gebunden, gegen Deutschland unter Umständen auch ohne Völkerbundsentscheidung zu marschieren. Locarno gilt nicht mehr durch Frankreichs Schuld.

Rundfunk-Rede Sarrault

Völlige Verständnislosigkeit für den deutschen Standpunkt

Paris, 9. März. Ministerpräsident Sarrault hielt am Sonntagabend im französischen Rundfunk eine Rede, in der er sich mit den Erklärungen des Führers im Reichstag beschäftigte. In völliger Verkennung der deutschen Auffassung brachte der Ministerpräsident den Standpunkt der französischen Regierung in seiner ganzen Starrheit zum Ausdruck. Während nach seiner Auffassung von französischer Seite alles getan worden sei, um zu einer Beruhigung der Atmosphäre zu gelangen, glaubt der französische Ministerpräsident, Deutschland eines völlig unloyalen Verhaltens beschuldigen zu können, das in sonderbarem Widerspruch zu den mehrfachen Friedensbetuerungen der Reichsregierung stehe. Als Beispiele führt er die Einstellung der Reparationszahlungen, das Verlassen der Abrüstungskonferenz, das Ausschneiden aus dem Völkerbund und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht an. Gekennzeichnet verdammt er jedoch seinen Hörern, daß diese Maßnahmen von Deutschland erst ergriffen wurden, als sich die Gegenseite klar und deutlich über feierlich eingegangene Versprechungen hinweggesetzt hatte.

Im weiteren Verlauf seiner Rede wandte sich Sarrault der Bedeutung der entmilitarisierten Zone zu, die die Unverletzlichkeit der französischen Grenze gegen einen „plötzlichen Angriff“ (1) gewährleisten solle. Im Anschluß an das Führer-Interview im „Paris Midy“ stellt Sarrault die Behauptung auf, daß die deutschen Einwendungen gegen den französisch-sowjetrussischen Beistandspakt in bezug auf seine Unvereinbarkeit mit dem Locarno-Vertrag völlig unzutreffend seien. Deutschland habe kein Recht, sich zum Richter über die Vereinbarkeit des Locarno-Vertrages mit dem Russenpakt zu machen. Es hätte den internationalen Gerichtshof im Haag mit der Angelegenheit beschäftigen müssen.

Ministerpräsident Sarrault gab dann zu, daß Deutschland in dem dem französischen Botschafter übergebenen Memorandum neue Vorschläge gemacht habe. Diese Vorschläge werde jedoch die französische Regierung nicht prüfen, denn Frankreich könne diesen Vorschlägen kein Vertrauen entgegenbringen. Die Prüfung dieser Vorschläge könne aber auch nicht erfolgen, da Deutschland durch die Entsendung „bedeutender Streitkräfte“ in die entmilitarisierte Zone Frankreich vor vollendete Tatsachen gestellt habe. Auch hier erwähnt Sarrault mit keinem Wort, daß in Wirklichkeit der französisch-sowjetrussische Vertrag, an den sich Frankreich bereits jetzt praktisch gebunden fühlt, eine neue Tatsache geschaffen hat. Die französische Regierung sei weiter gewillt, die Sicherheitsgarantien des Locarno-Vertrages aufrecht zu erhalten. Frankreich wolle nicht, daß Strahburg im Bereich der deutschen Kanonen liege. (1)

Auch aus diesen Worten spricht wieder die vollkommene Einseitigkeit des französischen Standpunktes, der für Frankreich jede zusätzliche Sicherung vor dem Schreckensfant einer „deutschen

Gefahr" in Anspruch nehmen will, ohne jedoch den deutschen Nachbarn das gleiche Recht zubilligen zu wollen.

Kritik im eigenen Lager

Paris, 9. März. Der marxistische „Populaire“ und der scharf rechtsgerichtete „Jour“ sind sich einmal ausnahmsweise darin einig, daß die Kundfunk-Rede des französischen Ministerpräsidenten eine Reihe von Ungeschicklichkeiten bezw. schwerwiegenden Worten enthalten habe, die vielleicht nicht am Platze gewesen seien. Man hätte, so schreibt der „Populaire“, gewünscht, daß der Regierungschef zur Ruhe und Kaltblütigkeit aufgefordert hätte. Aber er habe das nicht getan. Er habe die Öffentlichkeit zwar nicht beunruhigt, aber er habe gewisse schwerwiegende Worte ausgesprochen, die großen Eindruck auf die Zuhörer gemacht hätten. Die französische Regierung wisse sehr wohl, daß Hitler absolut nicht die Absicht habe, ins Elß einzudringen oder sich der französischen Befestigungsanlagen zu bemächtigen. Andererseits beweise die französische Regierung mit ihrer Haltung, daß sie keine isolierten Maßnahmen ergreifen wolle. Unter diesen Umständen müsse man sich fragen, wozu überhaupt die Verschiebung einiger Bataillone stattgefunden habe.

Der „Ami du Peuple“ warnt vor der Ergreifung von Sanktionen gegenüber Deutschland. Trotz des dringenden Wunsches, an der Wiedervereinigung des französischen Volkes mitzuwirken, sei man geradezu bestürzt, den französischen Ministerpräsidenten erklären zu hören, daß er erst verhandeln werde, wenn die deutschen Truppen das Rheinland verlassen hätten. Man müsse sich fragen, ob Sarraut wirklich ehrlich der Ansicht sei, daß Hitler seine Truppen wieder zurückziehen werde. Man müsse sich ferner fragen, ob er überhaupt die englische Presse gelesen habe, die fast einstimmig die deutschen Maßnahmen angenommen habe. Wenn die Sanktionen gegen Italien Frankreich an den Rand des Krieges geführt hätten, so könne man überzeugt sein, daß Sanktionen gegenüber Deutschland unbedingt zum Siege führen würden. Noch sei es Zeit für Frankreich, den Frieden und gleichzeitig die Ehre zu retten, ehe es eine neue große Politik beginne. Diese Politik müsse darin bestehen, gewisse Irrtümer der vergangenen 15 Jahre auszumergen, die schließlich zur Ehe mit Moskau geführt hätten.

Senator Caillaux tritt in der „Republique“ für eine europäische Verständigung ein, die seiner Auffassung nach trotz der bestehenden Schwierigkeiten möglich sei, vorausgesetzt, daß sie im Genfer Rahmen stattfindet. Caillaux wendet sich gegen das Zögern und Zaudern Frankreichs, das mitverantwortlich für die französisch-deutschen Meinungsverschiedenheiten sei.

Der „Paris Midi“ wirft die Frage auf, ob etwaige gegen Deutschland angewandte Sanktionsmaßnahmen nicht der europäischen Wirtschaft mehr Schaden zufügen würden als dem deutschen Regime und ob wirtschaftliche Sanktionen überhaupt wünschenswert seien.

Der „Intransigent“ beschäftigt sich mit der englischen Haltung. Unter anderem schreibt das Blatt, man könne annehmen, daß ein Teil der englischen Öffentlichkeit der militärischen Besetzung der Rheinlandzone wenig Bedeutung beimessen werde. Man werde sagen, daß die Deutschen bei sich zu Hause seien und dort bleiben werden. Statt dessen werde die englische öffentliche Meinung das Friedenssystem, das der deutsche Reichsführer der Welt anzubieten scheine, lebhaft beachten. England habe nicht daselbe Mißtrauen wie Frankreich. Aus diesen Gründen wage man nicht anzunehmen, daß England nach einem rechtlichen Protest feste Entschlüsse fassen werde.

Die Eden-Erklärung im Unterhaus

London, 9. März. In der Erklärung, die Staatssekretär Eden am Montag vor dem Unterhaus abgab, führte er u. a. aus, er habe dem deutschen Botschafter mitgeteilt, daß die deutsche Handlung im Rheinland die einseitige Aufkündigung eines frei verhandelten und frei unterzeichneten Vertrages bedeute. Die Wirkung auf die britische Öffentlichkeit müsse bedauerlich sein. Das Aufgeben des Locarno-Vertrages und die Besetzung der entmilitarisierten Zone hätten das Vertrauen in jede Vereinbarung, die die deutsche Regierung in Zukunft schließen würde, tief erschüttert. Niemand im Unterhaus könne diesen Schritt billigen oder entschuldigen. Er füge dem Grundsatz der Heiligkeit der Verträge einen schweren Schlag zu.

Der dicke Müller siedelt

Ein heiterer u. nachdenklicher Roman von Wolfgang Marten.

15 Nachdruck verboten.

„Junge, Junge, sage das nicht! Meine Spezialitäten mußt du erst genießen! Meine gefüllten Eier sind berühmt! Meine Art, den Salm zuzubereiten, steht einzig da. Du, ich habe die feinste Zunge von ganz Berlin! Also laß dich nicht nötigen! Komm und is!“

Hans konnte es dem Bruder nicht abschlagen.

Er aß noch einmal und er gekand dem Bruder zu, daß er ein Künstler in seinem Fach war. Er hatte die Mächtig gehabt, nur einmal an den Speisen zu nippen. We. als er sie probierte, da reizte es den Gaumen in einem Maße, daß er kräftig aß und trank.

Als sie zu Ende waren, sagte Otto glänzlich: „Junge, du glaubst nicht, wie ich mich freue, daß wir uns einmal wiedersehen! Und wenn du nicht gar so stolz geworden bist, da werden wir jetzt richtig wie Brüder zusammen leben!“

„An mir soll's nicht liegen!“

„Siehst du Hans, ich weiß schon lange, daß du in Berlin bist. Aber da stand im Adressbuch so großartig Direktor! Ne, ne, habe ich mir gedacht, der Hans ist ein nobler Bursche geworden, den bringst du nur in Verlegenheit, wenn du ihn auffuchst!“

„Ein dummer Keel bist du, Otto! Wenn ich gewußt hätte, daß du in Berlin arbeitest, dann wäre ich längst einmal zu dir gekommen! Ich bin jetzt Direktor der Erina, könnte mich auch Generaldirektor schimpfen! Morgen gebe ich den Posten auf!“

„Und was machst du dann?“

„Nichts! Dann lebe ich mal für mich! Ich baue mir ein Haus, ein richtiges Siedlungshaus und mache einmal dieses Jahr nichts und garnichts! Ich will mal ausspannen von der ewigen Schusterei!“

„Bernäntzia, mein Anna! Bist du verheiratet?“

Er, Eden, sei jedoch dankbar dafür, sagen zu können, es gebe keinen Grund für die Annahme, daß die gegenwärtige deutsche Handlung die Drohung von Feindseligkeiten in sich schließe.

Die deutsche Regierung spreche in ihrem Memorandum ausdrücklich von ihrem Wunsch nach wahren Frieden und drücke den Wunsch nach Abschluß eines Nichtangriffsvertrages mit Frankreich und Belgien aus.

Um Mißverständnisse über die Stellung Englands als Unterzeichner des Locarno-Vertrages auszuschließen, halte er es für notwendig, zu erklären, daß, falls sich während der Zeit, die für die Erörterung der neuen Lage notwendig sein würde, ein tatsächlicher Angriff auf Frankreich oder Belgien ereignen sollte, er eine Verletzung des Artikels 2 des Locarno-Vertrages wäre, die britische Regierung trotz der Aufkündigung des Locarno-Vertrages durch Deutschland sich durch ihre Ehre für gebunden halten würde, wie in dem Vertrag vorgelesen, dem Angegriffenen zu Hilfe zu eilen. Eine der wichtigsten Grundlagen des Friedens in Westeuropa sei beseitigt worden. Wenn der Friede gesichert werden solle, bestünde die Pflicht, ihn wieder auszubauen. In diesem Geiße müsse man an die deutschen Vorschläge herangehen. Die britische Regierung werde sie mit klarer Einsicht und sachlich prüfen, um festzustellen, in welchem Ausmaß sie das Mittel darstellten, die Struktur des Friedens wieder zu stärken. Angesichts der schweren internationalen Lage dürfe keine Gelegenheit verpaßt werden, um die Struktur des Friedens zu verbessern.

Moskau unterstützt Paris

Paris, 9. März. Der sowjetrussische Botschafter Potemkin hat den französischen Außenminister, wie an unterrichteter Stelle verlautet, die Zusicherungen, die er Islandin am Samstag bereits von sich aus gemacht hatte, nunmehr amtlich bekräftigt. Moskau werde die französische Regierung in den nach der deutschen Besetzung des Rheinlandes unternommenen Schritten unterstützen. Die sowjetrussische Abordnung werde in Genf der französischen Abordnung ihre Unterstützung zur Verfügung stellen.

Die Welt horcht auf

Weitere Pressestimmen zum 7. März Frankreich

Paris, 9. März. Die Ereignisse des 7. März haben verständlicherweise in der französischen Presse einen gewaltigen Widerhall gefunden. Die französische Öffentlichkeit fand es seit über 17 Jahren ganz in der Ordnung, daß Frankreich seine Wehrhoheit bis an seine Grenzen hin ausüben konnte, während Deutschland innerhalb seiner Hoheitsgrenze bis 50 Kilometer rechts des Rheins wehrpolitisch gebunden war. Demzufolge lautet die Lösung der französischen Presse: durch den Völkerverbund zu erreichen versuchen, daß Deutschland seine eigenen Truppen aus seinem eigenen Gebiet wieder herausnehmen muß. (!)

In politischen Pariser Kreisen erklärt man, daß die ehemals entmilitarisierte Zone ein wesentlicher Bestandteil der französischen Sicherheit sei, über deren Aufrechterhaltung die französische Regierung nicht mit sich handeln lassen könne. Sei doch die entmilitarisierte Zone Frankreich als Ausgleich dafür zugestanden worden, daß es nicht das geforderte linke Rheinufer erhielt. (!) Durch die Beseitigung der Zone sei nicht nur die Sicherheit Frankreichs, sondern auch der Friede Europas bedroht. — Der „Matin“ schreibt u. a.: Der Grundsatz der kollektiven Sicherheit stehe viel mehr auf dem Spiel als die Einzelsicherheit Frankreichs, das sich hinter seinem Befestigungsgürtel als vor einem bewaffneten Angriff geschützt ansehen könne. Das „Devoir“ erklärt, noch nie habe sich die deutsche Diplomatie so geschickt gezeigt wie diesmal. Die laue Haltung, die die britische Regierung hinsichtlich der Aufkündigung Frankreichs eingenommen habe, sei offenkundig. „Figaro“ fordert: Frankreich müsse jetzt durch die höchste richterliche Instanz gestellt werden, daß Locarno nicht und französisch-russischer Pakt nicht einander widersprechen. „Le Jour“ bedauert, daß Frankreich und England angesichts Deutschlands, das das Spiel wage, mittelmächtige Mitspieler seien. Die jetzige französische Regierung lebe

unter dem Schutze der russischen Revolutionäre, und diese träumten von einem Krieg gegen Deutschland, dessen Kosten die Franzosen tragen sollten. Im „Populaire“ schreibt der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Paul Faure, es sei sinnlos gewesen, anzunehmen, daß Deutschland sich lange damit abfinden würde, abgerückt zu sein, während im Gegenzug zum Wortlaut des Versailler Vertrages die Abkündigung der anderen nicht erfolgt sei. Die Abendpresse unterstreicht die von der französischen Regierung zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß die von Deutschland gemachten Vorschläge „unannehmbar“ seien. Niemand denke daran, schreibt der „Temps“ zwar, die Tür zu einer etwaigen Verhandlung zu schließen, aber, so legt er hinzu, es würde „außerordentlich gefährlich“ sein, eine Verhandlung ins Auge zu fassen, die von der „vollzogenen Tatsache der brutalen Verletzung“ (!) eines Vertrages ihren Anfang nehme usw. Wie üblich, sieht das Blatt den Frieden als „gefährdet“ an.

England

Die Einstellung der englischen Montag-Presse bei der Beurteilung der Führer-Rede und der Wiederbesetzung des Rheinlandes ist keineswegs einheitlich. Fast völlig ablehnend ist der „Daily Telegraph“, der häufig die Ansichten der Regierung wiedergibt. Unter der Überschrift: „Herausforderndes Zerreißen (!) eines frei abgeschlossenen Vertrages“ schreibt dieses Blatt, daß Hitler durch die Entsendung von Truppen nach dem entmilitarisierten Rheinland den Westmächten „in brüster Form“ den Handschuh hingeschleudert habe. (!)

Etwas ruhiger in Ton und Inhalt ist der Leitartikel der rechtskonservativen „Morningpost“, die die Tatsache, daß ein breiter Streifen deutschen Landes entlang der französischen Grenze entmilitarisiert sein sollte, ein festes System nennt. Es sei die unangemessene militärische Wiederbesetzung der Zone, gegen die die Unterzeichner der beiden Verträge protestieren müßten. Das Blatt wendet sich hierauf den Friedensvorschlügen des Führers zu, die mit diesem Takt erwogen werden müßten.

Der „Sunday Dispatch“ schreibt u. a.: Hitler hat durch seine Handlungen und Worte das gesamte Gesicht Europas geändert. Der Locarno-Pakt ist tot und sinkt ohne Ehre und Mühe in das Grab der Irrtümer der Vergangenheit. In einem Sonderartikel im gleichen Blatt schreibt W a r d P r i c e: Jetzt müssen wir den Tatsachen ins Gesicht sehen. Wenn wir sie meißeln, kann der Friede sichergestellt werden. Vor allem laßt uns, wenn wir den Ereignissen gegenüberzutreten, freimachen von jedem Vorurteil gegenüber dem Nationalsozialismus! Was uns allein angeht, ist die auswärtige Politik Deutschlands.

Auch die „Times“ nennt die Wiederbesetzung der Rheinlande die „Herausforderung eines freiwilligen Abkommens“, daß die Grenzen Frankreichs und Belgiens elf Jahre lang unverletzlich gehalten habe. Immerhin müsse aber ein Unterschied zwischen dem Einzug deutscher Truppen in ein unbestreitbar unter deutscher Oberhoheit stehendes Gebiet und einem Akt, der Feuer und Schwert in das Gebiet eines Nachbarn trage, gemacht werden. Das Blatt warnt deshalb vor einer Panikstimmung und überstürzten Schlussfolgerungen. Hitlers Angebot enthalte keine Bedingung, die als unzulässig abgelehnt werden könne. Eine doppelte entmilitarisierte Zone im Westen sei vielleicht nicht mehr durchführbar. Aber die Forderung nach Gleichberechtigung sei darum an sich nicht weniger vernünftig, noch sei es die Forderung nach voller Autonomie im Rheingebiet, noch sei es die Bedingung, daß die Völkerverbündungen vom Versailler Vertrag getrennt werden müßten.

Die „Daily Mail“ (Rothenberg-Konzern) wendet sich in ihrem Leitartikel energisch gegen das Gerüde von Sanktionen. Deutschlands neuester Schlag habe in der Tat die Luft gereinigt, wie eine frühe Brise von den Bergen habe er den Nebel hinweggefegt. Es sei völlig unmöglich, daß man der deutschen Nation auf unbestimmte Zeit ihre volle Oberhoheit über eine ihrer ersten Provinzen bestreiten könnte. Der militärische Wert der entmilitarisierten Zone für Frankreich sei im übrigen durch die neueste Entwicklung auf dem Gebiete der Luftfahrt erheblich vermindert. Infolgedessen sei die Sicherheit Frankreichs wie die von erstklassigen britischen Interessen nicht ernstlich berührt.

Engländer begrüßen die deutschen Vorschläge

London, 9. März. Unter den Engländern, die sich sofort zustimmend zu den deutschen Vorschlägen geäußert haben, befindet sich auch der Reichsführer Sir Oswald Mosley, der auf einer öffentlichen Versammlung am Sonntagabend in Nottingham erklärte, Deutschland habe innerhalb 24 Stunden mit einem Schlag seine volle Gleichheit mit den anderen Nationen Europas wieder hergestellt. Seiner Ansicht nach sei der Schritt Hitlers die beste Sache, die Europa seit dem Kriege widerfahren sei, wenn das britische Volk diese Friedensmöglichkeit annehme. Nichts sei in den letzten 15 Jahren für Europa gefährlicher gewesen, als die Tatsache, daß man Deutschland seiner Rechte als souveräne Nation beraubt habe.

„Ja, der Konsul ist mein Schwiegervater!“

„Donnerwetter, dann wäre die Gitta Romanus deine Frau?“

„Ist sie auch?“

„So eine berühmte Dame hast du dir genommen! Junge, Junge, da wäre mir bange! Ich bin Junggeselle, nee, Heiraten steht nicht im Kalender. Ich verbrenne mir die Finger lieber mal am Herd als in der Ehe.“

„Brigitte ist eine gute Frau, wenn nur nicht die Familie als Anhängsel wäre! Die ist förmlich besessen von einer Bestungswut ohne Gleichen, die übertreffen sich in dem krankhaften Bemühen, eine Rolle zu spielen. Ich hatte mit dem Konsul wegen unserer Begrüßung einen kleinen Strich! Der atmet jetzt oben auf, daß ich gegangen bin!“

„Kann mir's denken! Hast du Kinder?“

„Zwei! Ein Mädchen, die Ursel, die ist neun Jahre alt und dann den Jungen... unseren Jörg! Otto, du mußt mich besuchen, morgen schon! Oder bist du nicht mehr der Kinderratz von früher?“

„Doch, doch! Da komme ich schon! Hm... also siedeln willst du! Am Ende deinen Kohl selber bauen? Garten bearbeiten? Feld beackern?“

„Ja!“

„Hans, Hans, das überlege dir gut! Geht doch alles runter! Du wirst schlank wie ein Hering.“

„Aber deswegen tue ich's doch!“

Da lachte der Küchenchef grimmig auf. „Was... du willst wieder so ein Hering werden wie früher?“

„Ich will nur nicht mehr so dick sein!“

„Was? Nur die Männer sind schön!“

Das war zuviel. Hans lachte, daß ihm die Tränen kamen, bis Otto bald befehdigt war.

„Du glaubst mir also nicht?“

„Nein, wirklich nicht! Aber in Afrika hätten sie Freude an deinem Standpunkt. Bei den Negerstämmen da heißt's „fett und schön“ in einem Atemzuge.“

Der hünenhafte dicke Otto pflanzte sich vor seinem Bruder auf.

„Zweihundertundvierundsechzig Pfund! So, damit du es weißt! Nun schau mal her!“

Was er jetzt zeigte, brachte Hans allerdings zum Staunen.

Otto machte auf den Küchenflecken einen Handstand und ließ auf den Händen in der Küche umher. Damit sprang er über einen Stuhl und führte allerhand Kunststücke aus, daß Hans nur den Kopf schütteln konnte.

„So, mein Junge! Damit wollte ich dir nur dokumentieren, daß man getrost 264 Pfund wiegen kann und doch ein gesunder, quiklebendiger Bursche sein kann! Nein, ich möchte mich anders werden.“

„Du bist eine Ausnahmeferscheinung. Otto! Wenn du dich wohlfühlst, dann ist's gut! Und dann hast du auch keine Frau!“

„Aha... die Frau! Hm! Der bist du wohl nicht mehr elegant genug!“

„Davon ist noch nie die Rede gewesen, aber ich habe es im Gefühl. Ich fühle mich so nicht mehr wohl, ich bin unzufrieden mit mir! Ich habe nie Zeit gehabt, mich richtig zu bewegen. Nur Büroarbeit und immer wieder Büroarbeit! Ich habe sie mit einem Male so satt bekommen. Ich will mal den Kopf frei haben und es soll mir eine Wonne sein, einmal einen Spaten in die Hand zu nehmen! Wahr und wahrhaftig.“

Otto schüttelte den Kopf, er begriff den Bruder einfach nicht.

Ausarbeiten, ja, das begriff er. Das tat er auch! Und er führte ständig seine Gymnastik durch, war ein brillanter Turner, aber das tat er nicht zu dem Zweck, um schlanker zu werden.

Nun kam noch dazu, daß Otto mit 1.80 Meter Größe Hans noch um vier Zentimeter überragte, was günstigere Proportionen schaffte.

Otto piff seinem Bekräftigung.

Das war ein fixes Keckeln von 16 Jahren und der Schalk blinnte ihm nur so aus den Augen.

(Fortsetzung folgt).

Amerika

Washington, 9. März. Das für Präsident Roosevelt veranstaltete Jahresbankett bot gute Gelegenheit, die Ansichten hervorragender Amerikaner über das Tagesgespräch, den Einzug deutscher Truppen ins entmilitarisierte Gebiet, zu erfahren. Allgemein bewundert man die Entschlossenheit des Führers, erst zu handeln und dann zu verhandeln. Eine Taktik, die angesichts der jahrelangen fruchtlosen Verhandlungen über Abrüstung und andere internationale Fragen, wie man erklärt, zumindest erfrischend gewirkt hätte. Wenn des Führers und Reichsanzlers Schritt hier sehr ruhig und in manchen Kreisen durchaus günstig beurteilt wird, so dürfte das daran liegen, daß 1. die Sympathien für Frankreich nicht groß sind und daß 2. infolge der großen und offenbar jüdisch-kommunistisch beeinflussten Streiks in der Gummiindustrie Altrons und im Stahlbetrieb Neworks die Stimmung gegen die Sowjetunion und gegen die bolschewistischen Ziele sich erheblich verschärft hat und jeder Schritt begrüßt wird, der, wie Deutschlands Protest gegen das französisch-sowjetrische Bündnis, den Betätigungsdrang Moskaus eindämmt.

Der bekannte Senator Borah erklärte in einer Stellungnahme zu dem Wiedereinzug der deutschen Truppen in die entmilitarisierte Zone u. a., die militärischen Beschränkungen, die der Vertrag von Versailles Deutschland auferlegt habe, hätten aufhören müssen. Er glaube im übrigen nicht, daß man das deutsche Vorgehen als ein Zeichen drohender Kriegsgefahr auslegen müsse.

Konferenz der Locarno-Mächte am Dienstag

Paris, 9. März. Die Beratung der Locarno-Mächte wird am Dienstag vormittag im Kabinett des Außenministers Flandin im Quai d'Orsay stattfinden. England wird durch Eden, Belgien durch van Zeeland, Italien durch den Botschafter Cerutti vertreten sein. Außenminister Flandin wird nicht in der Lage sein, sich zu den Beratungen des Richter-Ausschusses, die auf Dienstag angelegt sind, nach Genf zu begeben. Außenminister Flandin muß am Dienstag nachmittag in der Kammer anwesend sein, weil die Regierung beschließt, eine Erklärung über die von Deutschland ergriffenen Maßnahmen abzugeben.

Völkerbundsrat zum Freitag einberufen

Genf, 9. März. Beim Völkerbundssekretariat ist am Sonntag abend das Telegramm der französischen Regierung eingetroffen, in dem wegen der deutschen Maßnahmen in der entmilitarisierten Zone die sofortige Einberufung des Völkerbundsrates beantragt wird. Das Telegramm der französischen Regierung ist sofort den übrigen Mitgliedern des Völkerbundsrates sowie der belgischen und der deutschen Regierung mitgeteilt worden. Wie verlautet, wurde dabei an die deutsche Regierung die Anfrage gerichtet, ob sie sich bei der Prüfung der Angelegenheit vertreten lassen wolle. Der amtierende Ratspräsident Bruce-Kirkpatrick hat den Rat auf Freitag, den 13. März, vormittags 11 Uhr, einberufen. Auch die belgische Regierung hat in einem kürzeren Telegramm den Völkerbundsrat mit der Angelegenheit beauftragt.

Der Antrag der französischen Regierung rührt sich auf die Behauptung, daß die deutsche Regierung dem Art. 43 des Versailler Vertrages und dem Art. 1 des Vertrages von Locarno entgegengehandelt habe. Er ersucht um Maßnahmen, damit der Rat in der möglichst kürzesten Frist zusammentreten könne.

Ueberflüssige Sicherheitsmaßnahmen

Paris, 9. März. In der Nacht zum Sonntag und am Sonntag vormittag haben die für die Grenzbedeckung vorgesehenen Regimenter ihre Garnisonen Metz und Diedenhofen (Thionville) verlassen, um die Besetzung der Grenzbefestigungen und der Lager an der Grenze zu vervollständigen. Bei der Aufhebung der Sonntagsurlaube in einigen Wehrtreffen handelte es sich nicht um eine allgemeine Maßnahme.

Der „Paris Soir“ meldet ergänzend aus Straßburg, daß auf der französischen Seite der Brücke von Rehl lebhaftes Treiben herrsche. Der Luftfahrtminister hat die in Metz und Nancy liegenden Flugzeugstaffeln beauftragt und sich über seine Eindrücke befriedigt erklärt.

Beschlüsse des belgischen Ministerrats

Brüssel, 9. März. Der Ministerrat, der am Sonntag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten van Zeeland zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten war, hat, wie die Agentur Belga in einem amtlichen Communiqué mitteilt, beschlossen, in Anwendung des Artikels 4 Abs. 1 des Locarnovertrages die Frage der Kündigung des Vertrages durch Deutschland vor den Völkerbundsrat zu bringen. Ministerpräsident van Zeeland wird am Dienstag an einer Konferenz der Signatarstaaten des Locarnovertrages in Paris teilnehmen und sich von dort nach Genf begeben, um dort an der Fortsetzung der Beratungen teilzunehmen.

Das Wahlrecht zum Reichstag

Juden und Mischlinge dürfen nicht wählen

Berlin, 9. März. Nach dem Gesetz über das Reichstagswahlrecht vom 7. März 1936 sind zum Reichstag wahlberechtigt sämtliche deutschen Staatsangehörigen deutschen oder artoverwandten Blutes, die bis zum Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben, sofern sie nicht nach den allgemeinen Bestimmungen (Entmündigung oder Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte) vom Wahlrecht ausgeschlossen sind oder sofern nicht ihr Wahlrecht ruht.

Nicht wahlberechtigt sind also Juden, d. h. solche Männer und Frauen, die von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammen.

Ferner sind nicht wahlberechtigt die von zwei volljüdischen Großeltern abstammenden jüdischen Mischlinge (Männer und Frauen).

die am 30. September 1935 der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört haben, oder nach dem 30. September 1935 in sie aufgenommen sind, oder

die am 30. September 1935 mit einem Juden verheiratet waren oder sich nach dem 30. September 1935 mit einem Juden verheiratet haben.

Juden, sowie diejenigen Mischlinge, auf die die vorgenannten Voraussetzungen zutreffen, haben jenseit der Wahlurne fern-

zubleiben, auch dann, wenn sie verheiratet in die Wahlurnen eingetragen sind. Geben sie dennoch eine Stimme ab, so machen sie sich nach Paragraph 2 des Gesetzes über das Reichstagswahlrecht strafbar.

Die Bestimmungen über die Ausübung des Wahlrechtes, d. h. über den Kreis der Wahlberechtigten sind im übrigen gegenüber dem früheren Zustand in keiner Weise geändert. Wahlberechtigt sind wie früher alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben, soweit sie nicht vom Wahlrecht wegen Entmündigung oder wegen Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte ausgeschlossen sind. Das Wahlrecht der Soldaten ruht wie bisher. Auch am Wahlverfahren hat sich nichts geändert. Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis bleiben unberührt.

Gewisse Erleichterungen für die technischen Wahlvorbereitungen, die im Hinblick auf den nahen Wahltermin auf Grund gesetzlicher Ermächtigung vom Reichsminister des Innern zugelassen wurden, haben lediglich die Verkürzung der Fristen für die Einreichung der Wahlvorschläge, die Vereinfachung der durch die Wahlbewerber beizubringenden Bescheinigungen und die Verteilung der Sitze auf die Bewerber in den Wahlvorschlägen zum Gegenstand.

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 7. März 1936 sind auch Wahlberechtigte wählbar, die noch nicht ein Jahr die Reichsangehörigkeit besitzen.

Wie bisher sind Auslandsdeutsche, die sich am Wahltag in Deutschland aufhalten, wahlberechtigt. Auch die Bestimmungen über Wahlen auf hoher See und über die Stimmabgabe auf Bahnhöfen gelten für die bevorstehende Wahl.

Der Führer über den Wahlkampf

Tadel um den Führer

Berlin, 9. März. Der Sonntag stand auch in Berlin ganz im Zeichen der nun restlos wiederhergestellten deutschen Oberhoheit über das Rheinland, im Zeichen der Wiederbelebung der rheinischen Städte mit deutschen Truppenteilen. Schon in den frühen Morgenstunden jammeten sich Zehntausende von Menschen am Wilhelmplatz, in der Wilhelmstraße, der Straße Unter den Linden, im Lustgarten und den umliegenden Straßen.

Als der Führer zur Helbigentafel in der Staatsoper die Reichsanzlei verließ, da war die Wilhelmstraße ein einziges Jubelbrausen. Diese Stimmung, die sich hier offenbarte, hielt den ganzen Tag über an. Immer wieder war der Wilhelmplatz Schauplatz von Jubelzügen und geradezu beängstigend wurde das Gedränge am Wilhelmplatz, in der Wilhelmstraße und der Leipziger Straße, als die Dämmerung sich herabentte und die Stunde herannahte, in der die Ansahrt des Führers zu der großen Führerkundgebung der Partei im Herrenhaus zu erwarten war. Kurz vor 19 Uhr verließ der Führer die Reichsanzlei und fuhr stehend durch das dicke Menschenpalast zum Herrenhaus. Im großen Saal des Herrenhauses hatten sich inzwischen die Reichsleiter, Gauleiter, Gaupropagandaleiter, Reichsredner und die Mitglieder der Reichspropagandaleitung der NSDAP, alles alte Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung, eingefunden.

Der Reichspropagandaleiter der NSDAP, Dr. Göbbels, eröffnete die Kundgebung und wies auf die historische Tat des Führers hin.

Dann sprach der Führer weit über eine Stunde zu seinen alten Mitkämpfern und nahm von großen politischen Gesichtspunkten aus zu dem bevorstehenden Wahlkampf Stellung. Er gab, wie die NSR. meldet, in packenden Bildern eine Rückschau über den Weg, den Deutschland in den drei Jahren nationalsozialistischer Regierung zurückgelegt hat und stellte das Deutschland von heute gegenüber jenem zerrütteten und verkommenen Deutschland vom Januar 1933. Unter begeisterter Zustimmung sprach er die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk durch sein einmütiges Bekenntnis gerade jetzt hinter ihn trete, denn es habe nichts mehr Gewicht im Kampf der politischen Kräfte als die einmütige Willenskundgebung eines 60-Millionen-Volkes.

Nachdem der Führer geendet hatte, nahm Reichspropagandaleiter Dr. Göbbels das Wort und gab dem Dante Ausdruck, mit dem alle Nationalsozialisten des Führers und seiner großen Befreiungstat gedenken. „Sie, mein Führer“, so erklärte Dr. Göbbels unter jubelnder Zustimmung, „haben gestern der Partei und mit ihr dem ganzen deutschen Volk aus dem Herzen gesprochen.“ In diesem Augenblick drängten die Anwesenden spontan zum Platz des Führers und bereiteten ihm unter dem Eindruck der Ereignisse des 7. März und der Rede des Führers eine minutenlange Jubelkundgebung. Dann gab der vom Führer bestimmte Leiter des Wahlkampfes, Reichspropagandaleiter Dr. Göbbels, im Sinne der Ausführungen des Führers die einzelnen Richtlinien für den dreiwöchigen Wahlkampf.

Deutsch-litauische Unterhaltungen

Über eine Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen

Berlin, 9. März. Wie verlautet, haben zwischen der deutschen und der litauischen Regierung Unterhaltungen darüber stattgefunden, ob auf die Organe der öffentlichen Meinungsbildung in dem Sinne einzuwirken sei, daß die Berichterstattung in der Presse und im Rundfunk des einen Landes über Staatsmänner, Regierungsmassnahmen und Vorgänge des anderen Landes in sachlichem Ton geschieht und die Leitartikel der Presse sich der gleichen Einstellung befleißigen. Wie wir hören, sind beide Regierungen der Ansicht, daß eine derartige Einwirkung alsbald vorgenommen werden soll, damit sich die Beziehungen beider Länder normalisieren und die Behandlung der zwischen ihnen schwebenden Fragen sowie die auf der einen oder anderen Seite zu treffenden Maßnahmen in einer Atmosphäre der Ruhe und Sachlichkeit vor sich gehen können.

Die evangelische Kirche grüßt den Führer

Berlin, 9. März. Der Vorsitzende des Reichskirchenausschusses, Generalsuperintendent Dr. Jöllner, hat am Sonntag an den Führer und Reichsanzler folgendes Telegramm gesandt:

„Tief ergriffen von dem Ernst der Stunde und von der festen Entschlossenheit des aus seiner Verantwortung vor Gott handelnden Führers steht die Deutsche Evangelische Kirche freudig bis zum letzten Einsatz für des Deutschen Reiches Ehre und Leben bereit.“

Liquidierung des NS.-Deutschen Frontkämpferbundes (Stahlhelm) abgeschlossen

Berlin, 9. März. Der Bundesliquidator des aufgelösten NS.-Deutschen Frontkämpferbundes (Stahlhelm) gibt bekannt: Die auf Grund der Anweisung des Führers und Reichsanzlers vom 7. November 1935 durchzuführende Abwicklung der 20 Landesverbände des Bundes und ihrer weit über 6000 Dienststellen ist

beschlossen am 29. Februar, 1936, beendet worden; die Abwicklungsstellen und Büros sind von diesem Tage ab geschlossen.

Kommunisten schänden die Hakenkreuzfahne

Madrid, 9. März. In Cadix haben am Sonntag Kommunisten die Hakenkreuzfahne vom dortigen deutschen Konsulatsgebäude heruntergerissen und zerlegt. Bereits wenige Stunden später erhob der Geschäftsführer der deutschen Botschaft in Madrid Einspruch beim spanischen Staatsministerium gegen den Ueberfall, forderte Genugtuung und ersuchte um härteren Schutz der amtlichen deutschen Vertretungen in Spanien. Auch in Madrid kam es vor der deutschen Botschaft zu Ansammlungen kommunistischer Demonstranten.

Japanische Vorstellungen in Paris

gegen den französisch-sowjetrischen Pakt

Tokio, 9. März. (Ostasiendienst des N.S.) Der Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärte auf eine Anfrage zum Memorandum der deutschen Regierung, daß der Locarnovertrag eine rein europäische Angelegenheit sei. Japan sei deshalb nicht in der Lage, irgend eine Erklärung abzugeben. Auf eine weitere Frage erklärte der Sprecher, daß der französisch-sowjetrische Pakt ausdrücklich auf Europa beschränkt sei. Richtig sei allerdings, daß in Japan die Auffassung bestehe, daß mittelbare Auswirkungen des Paktes auf den Fernen Osten unausbleiblich sein würden. Japan habe deshalb vor Ratifizierung des Vertrages in Paris entsprechende Vorstellungen erhoben.

Deutsch-spanisches Abkommen

über den Waren- und Zahlungsverkehr

Madrid, 9. März. Die Verhandlungen über die Regelung des deutsch-spanischen Waren- und Zahlungsverkehrs, die in den letzten Wochen in Madrid stattgefunden haben, haben am 9. März zum Abschluß eines Abkommens geführt. Das neue Abkommen tritt mit Wirkung vom 1. März 1936 in Kraft und gilt zunächst bis Ende ds. Js. Die Grundzüge, die für den deutsch-spanischen Warenverkehr nach dem abgelaufenen Abkommen vom 21. Dezember 1934 bisher galten, sind im wesentlichen beibehalten worden; die beiderseitigen Ausfuhrinteressen haben jedoch insbesondere unter Anpassung an die Entwicklung des Warenaustausches im vergangenen Jahre eine stärkere Berücksichtigung erfahren.

Abgabe Lardiens an den Parlamentarismus

Verzicht auf einen Sitz in der Kammer

Paris, 9. März. Der ehemalige Ministerpräsident André Tardieu hat sich, wie er den Wählern des Gebietes von Belfort in einem Schreiben mitteilt, entschlossen, auf einen Parlamentssitz zu verzichten. Er wolle nicht mehr Abgeordneter sein, weil er glaube, daß das politische System Frankreichs weder vom Volke gebildet noch durch parlamentarische Mittel verbessert werden könne.

Er habe seit vier Jahren versucht, dieses Regime durch parlamentarische Mittel zu verbessern und festgestellt, daß es unmöglich sei. Der Sturz des Präsidenten Doumergue habe bewiesen, daß die Kammern jede tiefgreifende Reform ablehnen. Die kürzliche Aussprache über die Wahlrechtsreform habe gezeigt, daß die Kammern selbst oberflächliche Reformen zurückwiesen.

Sein Austritt aus dem Parlament sei nicht ein Abschluß, sondern ein Beginn. Er habe seit 15 Monaten seine neue Aktion vorbereitet. Viele in der Kammer dächten wie er, aber niemand spreche es aus.

Kabinett Hirota ernannt

Tokio, 9. März. Am Montag mittag ist das neue Kabinett Hirota vom Kaiser bestätigt und ernannt worden. Innenminister Ushio wird auch das Kultusministerium übernehmen.

Die gesamte japanische Presse spricht von einem Kabinett der nationalen Einheit. Die Blätter betonen, daß Hirota das Vertrauen des japanischen Volkes genieße. Das Volk wünsche, daß es Hirota gelinge, in Zusammenarbeit mit der Armee eine einheitliche Staatsführung sicher zu stellen. Die Erneuerungsbewegung, so betont man weiter, müsse mit dem Einsatz frischer, unerschöpflicher Kräfte beginnen, wie dies bereits in der Armee durch die Verabschiedung der im Kriegsrat vertretenen Generalität ermöglicht worden sei. Das Oberhaus und die Parteien begrüßen das neue Kabinett Hirota und fordern eine drastische Erneuerungspolitik.

Vom Kriegsschauplatz

Einschränkung der militärischen Bewegungen an der abessinischen Front

Nomara, 9. März. (Zuspruch des Kriegsberichterstatters des N.S.) Im Laufe des Sonntags kamen hier zahlreiche Gerüchte auf, die in Zusammenhang mit der zustimmenden italienischen Antwort an den Dreizehner-Ausschuß von einer vorläufigen Einstellung der Feindseligkeiten wissen wollten. Diese Gerüchte fanden eine gewisse Bestätigung, als gegen Abend eine Anordnung des italienischen Oberkommandos bekannt wurde, wonach angesichts der bestehenden Friedensmöglichkeiten vorläufig auf italienischer Seite von Kampfhandlungen, wie vor allem Luftangriffen, abgesehen werden soll. Von der Anordnung ausgenommen werden sollen lediglich die laufenden, rein taktisch zu wertenden Bewegungen der italienischen Truppen. Marschall Badoglio traf am Sonntag in Asmara ein, wo ihm begeisterte Kundgebungen bereitet wurden.

Drei italienische Bomber abgestürzt

Abdis Abeba, 9. März. Die Bombardements in der Gegend von Quoram halten unvermindert an. Am Sonntag wurde die englische Lazarettstation bei Quoram zum drittenmal mit Bomben beworfen, obwohl sich in ihrer Nähe weder Luftabwehrschiffe, noch Munitionslager befinden. Während der letzten drei Tage sind drei italienische Bomberflugzeuge bei Quoram abgestürzt. Die Maschinen wurden vollständig zerstört. Die Besatzungen verbrannten.

Der britische Botschafter in Rom, Sir Eric Drummond, sprach bei Staatssekretär Suvich vor, um gegen die Bombardierung des englischen Rote-Kreuz-Lazarets bei Quoram in aller Form zu protestieren.

Der abessinische Kriegminister gestorben

Abdis Abeba, 9. März. Der abessinische Kriegminister und Heerführer Ras Mulgeta ist gestorben. Dem Vernehmen

nach soll Kulugheta am Samstag einer Lungenentzündung erliegen sein, während er nach einer anderen Besart den Verwundungen erliegen soll. Die er in der Schlacht am Umba Madschi erhalten habe. Das Kulugheta war einer der mächtigsten Fürsten Abessinien. Er genoss das größte Vertrauen des Kaisers, dessen Stellvertretung er regelmäßig übernahm wenn der Negus von der Hauptstadt abwesend war.

Kommunisteneinfall in die Provinz Schansi

Schanghai, 7. März. (Ostasien dienst des DNB.) In die Provinz Schansi sind 20 000 Kommunisten eingefallen. Die chinesischen Regierungstruppen in der Provinz stellten sich ihnen entgegen und erzielten bereits Erfolge. Um die Kommunisten schnell zu vertreiben, hat Marschall Tschiangkai-schi die sofortige Entsendung von sechs Divisionen aus Kanton befohlen.

Lokales

Die Luftnachrichtentruppe Einstellung von Freiwilligen

Die Luftnachrichten-Kompagnie München, Grünwalderstr. 70, und die Luftnachrichten-Ersatzkompagnie München, Max-II.-Kaserne, stellen zum 16. April 1936 und zum 1. Oktober 1936 noch Freiwillige der Jahrgänge 1911 bis 1917 ein mit einjähriger Dienstzeit.

In Frage kommen: Abiturienten, Studenten, Fachpersonal aus der Funkfernprech-Schreibtechnik und den entsprechenden Betrieben, besonders aus Reichspost- und Reichstelegraphenverwaltung, Angestellte des Flugführungstechnischen Dienstes.

Bewerbungen für das Frühjahr müssen bis 15. März 1936, für den Herbst bis 30. April 1936 eingereicht sein, und zwar mit folgenden Papieren: Selbstgeschriebener Lebenslauf, Nachweis der arischen Abstammung, Schulzeugnisse, Lehr- und Berufszeugnisse, zwei Passbilder, Musterungsausweis bei schon gemusterten Leuten, Freiwilligenchein bei nichtgemusterten Leuten (Polizei-meldamt).

Vorsicht! Waldbrandgefahr!

Die Schneewasser sind zerronnen, verdunstet. Erster Lenzwind trocknet Altgras und Dürrelaub. Die mehr und mehr erstarrende Sonne und die Föhnwinde dörrten das Land aus. Selten im Jahr ist die Gefahr der Gras-, Heide- und Waldbrände so groß wie in den klaren Tagen des Vorfrühlings. Ein achillos weggeworfenes, noch glimmendes Fündholz, ein erlöschender, aber noch glühender Zigarettenstummel, ja selbst das vom Winde fortgetragene Fündchen der offenen Tabakspitze kann großes Unglück, gefährliches Gras-, Heide-, Hecken- oder Waldbrand hervorrufen. Jedermann sei daher vorsichtig mit offenem Feuer im Freien. Die Jugend aber sollte in Schule und Elternhaus nachdrücklich vor dem Zünden an Rainen und Hecken gewarnt werden!

Schneeglöckchen läuten

Märzhimmel blaut und alle Wächlein fliehen. Aus braunem Gartenland wint weiße Blumenfreude. Ueber dunkelgrünen Blättern hebt Schneeglöckchen seine formvollendete, allerorts bewunderte Glockenblüte in die lenzlich warme Luft. Schneeglöckchen läutet: Frühling herein! Der Star hört den leisen Klingklang und bezieht wieder seinen alten Kästen. Die Biene erhebt sich zum Reinigungsflug, nachtet an der blühenden Salweide und findet auch den Honigfisch der kleinen weißen Gloden. Auf der Waldwiese, auf Feld und Rainen aber wetteifert Schneeröpschen, das große Waldschneeglöckchen, mit den mehr anmutigeren und zierlicheren Schwesterblumen des Gartens. Im lichten Buchenwald hat über Schneeglöckchens Blüten der Seidelbast seine roten roten, stark giftig duftenden Blüten geöffnet.

Württemberg

Wahlkampfbeginn in Württemberg

Stuttgart, 9. März. Die Gauleitung Württemberg-Hohenzollern beginnt die Wahlvorbereitungen. Am Mittwoch vormittag wird im ehemaligen Württ. Landtag die Wahlpropagandatagung des Gaues stattfinden. Kreisleiter, Kreispropagandaleiter, Gauredner, der Gauring, die Hauptkreisleiter der Parteipresse, höhere Führer der SA. und SS., die Führer sämtlicher

Gliederungen der Bewegung, werden an dieser Tagung zugegen sein. Der Gauleiter und Reichsstatthalter Murr, der stellv. Gauleiter Schmidt und Gaupropagandaleiter Mauer werden dabei die Richtlinien für den Wahlkampf geben. Kein Zweifel, daß Württemberg dieser weltgeschichtlichen Bedeutung entsprechend seine Stimme für den Führer abgeben wird. Die Partei wird das Ihre dazu tun und den Wahlkampf so führen, daß die letzte Stimme für den Führer aus der letzten Hütte herausgeholt wird. Am Donnerstag wird Stuttgart in 60 Sälen die Parole der Partei entgegennehmen.

Neuerannter Landesverbandsleiter

Stuttgart, 9. März. Verlagsleiter Alfred Gutbrod (NS-Kurier) wurde zum Leiter des Landesverbandes Württemberg im Reichsverband der deutschen Zeitungsverleger ernannt. Gutbrod entstammt einer alten württembergischen Familie, die seit Jahrhunderten in der Gegend von Neutlingen und Tübingen ansässig ist. In der Bewegung war er bereits seit 1923 tätig, insbesondere bei den nationalen Wehrverbänden in Frankfurt a. M. An der Entwicklung der Parteipresse in Frankfurt a. M. hatte er schon seit 1930 tätigen Anteil. Die Verlagsleitung des Frankfurter Volksblattes übernahm er auf Wunsch des Gauleiters im Herbst 1935.

Schwäbisches Kulturschaffen der Gegenwart

Stuttgart, 9. März. Wenn die Landesstelle Württemberg des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda in Zusammenarbeit mit der Kreisleitung Stuttgart der NSDAP, und der Reichskammer der Bildenden Künste im Rahmen der kulturellen Woche in drei Ausstellungen einen Überblick gibt über das schwäbische Kulturschaffen der Gegenwart im Bereich der bildenden Künste, der Architektur, des Kunsthandwerks und der Gebrauchsgraphik, so soll gerade hier erwiesen werden, wie stark sich die schwäbische Kultur der Gegenwart hineinsetzt in die gesamtdeutsche Kultur, ja, wie sie im Grunde nichts anderes sein will als ein Stück von dem kulturellen Schaffen unserer Nation. Diesen Gedanken verließ auch Gaupropagandaleiter und Kreisleiter Mauer Ausdruck, als er am Samstag im Kuppelsaal des Kunstgebäudes vor einer großen Anzahl von Ehrengästen die Ausstellungen „Schwäbisches Kulturschaffen der Gegenwart“ eröffnete. Darüber hinaus sollen diese Ausstellungen, so führte Pg. Mauer aus, zeigen, daß der schwäbische Mensch in seinem tiefsten Grunde ein künstlerischer Mensch ist und daß er heute Kunstwerke schafft, die, blut-, boden- und rasgegebunden, aus dem Volke selbst kommen und vom Volk verstanden und erlebt werden können.

Zu Beginn der Erstaufführung der Oper „Der Prinz von Homburg“, die in Anwesenheit des Komponisten Paul Graener und im Rahmen der Württ. Kulturwoche am Sonntag abend im Großen Haus der Württ. Staatstheater stattfand, sprach Ministerpräsident und Kultminister Professor Mergenthaler über die Bedeutung des gestrigen und heutigen Tages einleitende Worte. Wir wollen unsere Herzen erheben und härten für das, was die künftigen Tage uns bringen werden. „In den kommenden Wochen sollt du, deutsches Volk, dich um den Führer scharen. Dann bist du die beste Friedensgarantie, wenn du zusammensteht wie ein einziger Stahlblock.“ Mit einem dreifachen Sieg-Heil auf das ewige Deutschland und seinen Führer Adolf Hitler, woran sich der gemeinsame Gesang der Nationalhymnen angeschlossen, beendete der Ministerpräsident seine eindringliche Ansprache.

Die Erstaufführung wurde unter der genialen Stabführung von Generalmusikdirektor Leonhardt zu einem durchschlagenden Erfolg. Das hohe Lied der inneren, absoluten Pflichterfüllung des Prinzen von Homburg ist von Kleist her, dem Graener folgt, hinlänglich bekannt. An dem Erfolg sind alle Mitwirkenden beteiligt.

Schlingenssteller erwischt!

Stuttgart, 9. März. Wieder einmal ist es gelungen, in den ausgedehnten Schönbusch-Randwäldungen einen Schlingenssteller zu fassen. Schon lange müssen die Jagdpächter und die Schutzorgane in den alten Wilderergebieten um Waldenbusch und Schönbusch eine Unruhe und Bestimmtheit des Wildes beobachten, fanden da und dort im ausgeglühten Draht verlüdertes Wild und fängisch gestellte Schlingen. Wieder fand ein Jagdpächter in dem idyllischen Tal zwischen Schönbusch und Waldenbusch in einer Fichtenkultur eine fängisch gestellte Schlinge und drehte sie zur Seite. Am nächsten Tage war sie wieder fängisch

gestellt. Mit einem jungen Förster legte er sich auf die Lauer, bis schon nach zwei Tagen der 26 Jahre alte Christian Jaus von Schönbusch auf dem Wechfel erschien, die inzwischen wieder abgehogene Schlinge aufdrehte und fängisch stellte, und dabei festgenommen werden konnte. Nach 40 Tagen Untersuchungshaft bequimte er sich zu einem Geständnis und verriet noch zwei andere schon längst als Wilderer verdächtige Personen. Jaus wurde zu der Gefängnisstrafe von fünfzehn Monaten verurteilt. Die von ihm angegebenen beiden anderen Wilderer sehen ihrer Bestrafung noch entgegen.

Wehrmacht gratuliert General Freiherr von Soden

Stuttgart, 9. März. Das Generalkommando V teilt mit: Zum 80. Geburtstag des Generals der Infanterie, Freiherrn von Soden, den die neue Wehrmacht als einen hervorragenden Führer der alten, ruhmreichen Armee verehrt, überbrachte der Kommandierende General des V. Armeekorps, Generalleutnant Geyer, seine herzlichsten Glückwünsche, zugleich auch im Namen aller Angehörigen des Wehrkreises V. Von der Wehrmacht waren ferner zur persönlichen Beglückwünschung erschienen der Chef des Generalstabs, Oberst Ruoff, Korpsintendant Pefin und Stadtkommandant Oberst Rost. Weiter sprachen ihre Glückwünsche aus: Generalmajor Schwarzenecker und Generalmajor Schaller, Oberst Hadowitz, Kommandeur des Infanterieregiments 13, in dessen Reihen die Tradition des Infanterieregiments 125 fortgeführt wird, Oberleutnant Jahn, Kommandeur des 1. Bataillons, und Hauptmann Freiherr von Schellerer als Führer der Traditionskompanie dieses Regiments. Am Montag nachmittag brachte das Musikkorps des 1. Bataillons des Nr. 13 Exzellenz von Soden als besondere Ehrung der Wehrmacht ein Ständchen.

Ministerpräsident Mergenthaler hat dem General der Infanterie Freiherr von Soden zu seinem 80. Geburtstag im Namen der württ. Regierung ein herzliches Glückwunschsreiben übermittelt und dabei insbesondere seine Verdienste um die Erhaltung und Förderung des Wehrgebanens in unserem Volke hervorgehoben.

Aus Anlaß des 80. Geburtstages des Generals der Infanterie a. D. Freiherr von Soden hat Oberbürgermeister Dr. Strölin im Benehmen mit Kreisleiter Mauer den Platz an der Ecke der Kotebühlfaserne in Stuttgart, auf dem das Denkmal für die im Weltkrieg gefallenen Kameraden des ehemaligen Infanterieregiments „Kaiser Friedrich“ steht, als „Freiherr-von-Soden-Platz“ benannt und dem Jubilär auch persönlich seine Glückwünsche ausgesprochen.

Neckartailfingen, 9. März. (Schwerer Sturz.) Beim Nachhauseweg vom Viehmarkt verunglückte der 70 Jahre alte Jakob Weith, Bauer von Kleinbittlingen dadurch sehr schwer, daß er die Brückenstapel hinunterfiel und einen doppelten Schädelbruch erlitt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Zahl der Rundfunkteilnehmer am 1. März. Die Gesamtzahl der Rundfunkteilnehmer im Deutschen Reich betrug am 1. März 1936 7 524 010 gegenüber 7 413 490 am 1. Februar. Im Laufe des Monats Februar ist mithin eine Zunahme von 110 520 Teilnehmern (1,49 Prozent) eingetreten. Unter der Gesamtzahl vom 1. März befanden sich 584 074 gebührenfreie Anlagen.

Polizeiaufklärungswoche verschoben. Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Wahlkampf hat sich der Reichs- und preußische Minister des Innern veranlaßt gesehen, die für die Zeit vom 15. bis 22. März vorgesehene Polizeiaufklärungswoche auf einen nach der Reichstagswahl liegenden Zeitpunkt zu verschieben. Die Aktion wird in vollem Umfange in der Zeit vom 22. bis 29. April 1936 durchgeführt werden.

Göring spricht in Königsberg. Ministerpräsident Göring wird am Donnerstag abend auf der ersten Wahlkundgebung in Ostpreußen sprechen.

Dr. Hodza in Wien. Der tschechoslowakische Ministerpräsident, Dr. Hodza, ist am Montag in Wien eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von Bundeskanzler Dr. Engelshinnig begrüßt. Ferner hatten sich u. a. der französische, der rumänische und der tschechoslowakische Gesandte am Bahnhof eingefunden.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag Wildbader Tagblatt, Wildbader Tagblatt, Wildbad im Schwarzwald (Geb. Th. Bad) Nr. 2, 26. 755. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 3 gültig.

Der tit. Einwohnerschaft von Wildbad zur gefälligen Kenntnis, daß ich meine
Mehgerei wieder betreibe
Hermann Schmid
Mehgermeister.

Worauf es bei Ihren Druckarbeiten ankommt

Originell und werbekräftig im Entwurf

Harmonisch abgestimmt in Papier, Schrift und Farbe

Sauber und einwandfrei im Druck

Vorteilhaft in der Preisgestaltung

Druckerei des Wildbader Tagblatt

Ich habe
die **Frühjahrs-Saison**

mit einer überreichen Fülle schönster Stoffe

für **Kleider
Jackenkleider
Mäntel
Blusen
Kinderkleider** eröffnet!

Schwerste Auswahl!

Alle Preislagen!

Größtes Stoffspezialhaus von Pforzheim und Umgebung

SOMMER

PFORZHEIM

Gegenüber Stadttheater

Ab morgen früh

werden die **Kohlen** für die W.H.W.-Gutscheine der Serie F an meinem Lager ausgegeben.

Fritz Luz.

Sommerprossen

— wie schön — werden schnell und sicher über Nacht durch Venus besenigt. 1,50, 3,00, 5,50, je nach auch B. extra verstärkt in Tuben RM 1,95. Gegen Pickel, Miesaug Venus Stärke A. Ärztlich empfohlen.

Eberhard-Drogerie.

EMAILLESCHILDER
MESSINGSCHILDER
STEMPEL
KISSEN



Wildbader Tagblatt

